

II-2414 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates
XI. Gesetzgebungsperiode

Präs.: 26. März 1969

No. 1196/5

A n f r a g e

des Abgeordneten GUGGENBERGER, SUPPAN, DEUTSCHMANN
und Genossen
an den Herrn Bundesminister für Inneres
betreffend eine Weisung des Landeshauptmannes von Kärnten
an die Sicherheitsdirektion für das Bundesland Kärnten.

In der „Kleinen Zeitung“ (Klagenfurter Ausgabe) vom 19.3.1969
wird auf Seite 9 unter dem Titel „Erhöhte Aufmerksamkeit“
folgendes berichtet:

„Sofort nach Bekanntwerden der Vorfälle in Völkermarkt,
Entfernung einer slowenischen Aufschrifttafel, hat Landes-
hauptmann Sima d e n S i c h e r h e i t s d i r e k t o r
a n g e w i e s e n, diesen Belangen erhöhtes Augenmerk zuzu-
wenden und die Organe des Sicherheitsdienstes zu größter Auf-
merksamkeit aufzufordern, um eine Wiederholung solcher Vor-
gänge zu vermeiden.“ Auf Grund dieser Aufforderung hat nach
dem weiteren Bericht der „Kleinen Zeitung“ der Sicherheits-
direktor unverzüglich eine Reihe von Anordnungen getroffen.
Nach der derzeitigen Gesetzeslage und insbesondere nach der
Ablehnung der Regierungsvorlage (17 der Beilagen) : Bundesgesetz
mit dem die Zuständigkeit des Landeshauptmannes auf dem Ge-
biet des Sicherheitswesens wiederhergestellt wird, durch die
Abgeordneten der SPÖ am 28.6.1969, hat der Landeshauptmann
von Kärnten ein Weisungsrecht gegenüber der Sicherheitsdirektion
für das Bundesland Kärnten ausgeübt, welches ihm keinesfalls
zusteht. Einzig und allein zuständig für eine solche Weisung ist
auf Grund der von der SPÖ blockierten verfassungsrechtlichen
und einfachgesetzlichen Situation der Bundesminister für Inneres
und in seiner Vertretung der Generaldirektor für die öffentliche
Sicherheit. Der Landeshauptmann von Kärnten hat somit seine
Kompetenzen eindeutig überschritten und Weisungen erteilt, für
welche er überhaupt nicht zuständig ist.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn
Bundesminister für Inneres folgende

A n f r a g e n:

- 1.) Ist Ihnen dieser verfassungswidrige Eingriff des Landes-
hauptmannes von Kärnten in die Kompetenz des Bundesministers
für Inneres bekanntgegeben worden?
- 2.) Hat der Herr Sicherheitsdirektor für Kärnten den Herrn
Landeshauptmann darauf hingewiesen, daß ein Weisungsrecht
nur dem Bundesminister für Inneres zusteht?

- 3.) Aus welchem Grunde hat der Herr Sicherheitsdirektor nach dem Bericht der „Kleinen Zeitung“ über Aufforderung des Landeshauptmannes strikte Anordnungen an die Sicherheitsdienststellen erlassen, obwohl die Herausgabe solcher Anordnungen einzig und allein dem Ermessen und der Verantwortung des Sicherheitsdirektors anheim fallen?
- 4.) Wären solche Anordnungen auch ohne die ungesetzliche Einmischung des Landeshauptmannes für Kärnten erlassen worden?
- 5.) Was gedenken Sie zu tun, um in der Zukunft solange die ablehnende Haltung der sozialistischen Partei eine Wiederherstellung der Zuständigkeit des Landeshauptmannes auf dem Gebiet des Sicherheitswesens verhindert, verfassungswidrige Eingriffe des Landeshauptmannes von Kärnten in die Kompetenz zu verhindern?